

EVP fordert Nachhaltigkeit



Starten zur Nachhaltigkeit auf allen Ebenen: Urs-Peter Beerli, Regula Streckeisen, Matthias Müller, Martin Aebersold und Wolfgang Ackerknecht (von links). (Bild: Werner Lenzin)

MÄRSTETTEN. Die Partei- und Fraktionsleitung der EVP Thurgau präsentierten ihre politischen Ziele für 2012. Thematisiert wurden insbesondere die Bildungspolitik, die Energiewende, die Wirtschaft und die Staatsfinanzen.

WERNER LENZIN

«Unsere Politik basiert auf den Werten, die uns das Evangelium lehrt, und wir wollen den Schutz des Menschen ins Zentrum stellen», sagte Kantonsrätin Regula Streckeisen, Präsidentin der Evangelischen Volkspartei Thurgau, an der Medienkonferenz in Märstetten. Für sie und die Partei- und Fraktionsleitung darf sich der wichtige Wert der Nachhaltigkeit nicht nur auf die Umwelt beschränken. «Wir stellen eine zunehmende Misstrauenskultur zwischen einzelnen Kantonsräten und Regierungsräten fest», sagte die Parteipräsidentin. Für sie bedingt die Erarbeitung von neuen Gesetzen und die Verbesserung bestehender Gesetze eine Zusammenarbeit, welche nur in gegenseitigem Vertrauen nachhaltig Erfolg bringen kann. «Mit Blick auf die Grossratswahlen streben wir an, alle sechs Mandate zu halten und ein zusätzliches Mandat im Bezirk Frauenfeld Nord und Frauenfeld Süd», sagte Streckeisen.

Gute Rahmenbedingungen

«Weg von grossen Margen und hin zu grossen Herzen und zu einer neuen Genügsamkeit», fordert Wahlleiter und Kantonsrat Wolfgang Ackerknecht. Nicht in Frage kommt für ihn eine Bevorteilung oder Begünstigung für «besondere Fälle», dagegen begrüsst er die Sparpolitik des Grossen Rates. Erhalten möchte Ackerknecht die guten Rahmenbedingungen im Kanton Thurgau. Für ihn geht es um eine eigentliche Renaissance der

Wertekultur, und im Zentrum steht die Frage: «Wie gelingt es, den hohen Lebensstandard mit mehr Bescheidenheit zu kombinieren, und wie können Energiesparer belohnt werden?»

EVP-Vizepräsident und Grossratskandidat Martin Aebersold nahm Stellung zur Bildungspolitik. Zufrieden zeigte er sich darüber, dass hinsichtlich Reformitis ein gemächlicherer Gang gefunden wurde. Sorge bereiten ihm dagegen die in Zukunft fehlenden Lehrpersonen und die damit zusammenhängenden Ursachen wie fehlende Berufsfaszination bei Männern, oft nicht optimale Arbeitsbedingungen und die Abwanderung in andere Kantone.

Untergymnasien gefordert

Gefordert werden von Martin Aebersold die Wiedereinführung der Untergymnasien und die weitere Förderung der Elternbildung. Ein Entwicklungspotenzial sieht er an der Schnittstelle zwischen den Sekundarschulen und den Berufsschulen.

«Wir wollen sparen, aber nicht auf Kosten der Schwächsten und ohne Hysterie, sondern pragmatisch», sagte Fraktionspräsident und Kantonsrat Matthias Müller. Für ihn sieht das Bild nach zwölf Jahren mit positiven Abschlüssen für die nächsten Jahre eher düster aus. Deshalb möchten er und seine Partei alles daran setzen, dass der Grosse Rat in dieser Zeit eine sehr zurückhaltende Ausgaben- und Sparpolitik betreiben wird.

Müller warnte davor, aus Spargründen Aufgaben an die Gemeinden zu delegieren, und hob hervor: «Wir werden sämtliche Vorlagen nicht nur auf ihre Familientauglichkeit und -verträglichkeit, sondern auch auf ihre finanziellen Auswirkungen hin prüfen.»

Energie höher besteuern

«Die Energiewende ist unausweichlich. Je rascher wir sie einleiten, desto besser stehen wir da, wenn weltweite Krisen kommen», davon ist Fraktions-Vizepräsident und Kantonsrat Urs-Peter Beerli überzeugt. Er und die EVP bleiben dran mit der Forderung, dass anstelle der Arbeit die Energie höher besteuert werden soll. «Energie ist immer noch zu billig und menschliche Arbeit zu teuer, das muss korrigiert werden», meint Beerli. Für ihn fördert die marktwirtschaftliche Preisgestaltung die Verschwendung: «Die Preisgestaltung muss umgekehrt werden, je grösser die Bezüge, desto teurer müssen sie sein.»

<http://www.thurgauerzeitung.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/art123841,2833549>